

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzende Anja Mandt
Ratsherr Sven Schoolmann

Mitglied SPD-Fraktion

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld
Ratsherr Detlef Schön
Ratsherr Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Volt

Ratsherr Olaf Fischer
Ratsherr Stefan Becker

Mitglied Gruppe "Gemeinsam BUNT"

Beigeordneter Andreas Tönjes
Ratsfrau Helga Weinstock (entschuldigt)

Mitglied FDP/FW-Fraktion

Grundmandat Thomas Lehmann (entschuldigt)

Mitglied AfD-Fraktion

Grundmandat Thorsten Moritze (entschuldigt)

Behindertenvertretung

beratendes Mitglied Kathrin Müller

Seniorenvertretung

beratendes Mitglied Dr. Franz Köster (entschuldigt)

Dezernent

Stadtbaurat Niksa Marušić

Von der Verwaltung

Kfm. Betriebsleiterin Petra Burmeister
Techn. Betriebsleiter Tim Menke

Protokollführerin

Protokollführerin Eigenbetrieb GGS Sandra Kullik

Als Gast

Eheleute Ogrinc; Herr Jäger und Herr König zur Konzeptvorstellung „Fährhaus“
Andre Lachmund, Abteilungsleitung Klimaschutz (FB 36)
Julia Hafner, Klimaschutzmanagerin (FB 36)
Kristin Watermann, Abteilungsleitung kfm. Objekt- und Finanzmanagement (GGS)

Ariane Eiben, Teamleitung kfm. Objektmanagement (GGS)
Anton Dubinskii, Verwaltung GGS, Systemadministration
Thomas Brandt, Fachbereichsleitung Bildung und Sport (FB 40)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses GGS
- 3.1 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses GGS vom 05.03.2026
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Vermietung Henschelstraße 15C (Fährhaus) **105/2026**
- 4.2 Beschluss zur Umsetzung des verwaltungsinternen Klimaschutzkonzeptes zur Erreichung der Treibhausgasneutralität 2040 **49/2026**
- 4.3 Information Einführung der emissionsfreien Fahrzeugbeschaffung bei der Stadt Wilhelmshaven **50/2026**
- 4.4 Beschluss zur Umsetzung der PV-Ausbaustrategie auf kommunalen Dächern der Stadt Wilhelmshaven **52/2026**
- 4.5 Antrag SPD-Fraktion: Den Rathauskeller wieder nutzen: Kita ins Rathaus **506/2026**
- 4.6 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **72/2026**
- 4.7 Antrag CDU-Fraktion: Planungskosten Umbau/Instandsetzung Aula Oberschule Stadtmitte **507/2026**
- 4.8 Gemeinsamer Antrag der Gruppe WIN@WBV/Volt und der Fraktionen SPD und CDU: Sanierung Sporthalle Heppens **514/2026**
- 4.9 Erweiterung der Versicherungsleistung der städtischen Immobilien **106/2026**
- 4.10 Verkauf Gewerbegrundstück Güterstraße **107/2026**
- 4.11 Verkauf Parkplatzfläche Gökerstraße 125 **108/2026**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Nachfrage zu Parkplätzen (BV 108/2026)
- 5.2 Nachfrage zu "Fährhaus" (BV 105/2026)
- 5.3 Anfrage zu ehemaliger Stadthalle (Jadezentrum)
- 5.4 Sachstand Hofstelle "Fegefeuer"
- 5.5 Sachstand Hofstelle "Totenweg" (Stadtpark)
- 5.6 Sachstand TWWP

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Mandt**, eröffnete um 15:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Seitens der Verwaltung bat **Frau Burmeister**, den Tagesordnungspunkt 4.8 im öffentlichen Teil der Tagesordnung vorzuziehen und als TOP 4.1 zu behandeln.

Des Weiteren werden der TOP 4.9 im öffentlichen Teil und TOP 7.10 im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung seitens der Verwaltung zurückgezogen.

Herr Schön bat aufgrund der kurzfristigen Vorlage der BV 108/2026 um Einhaltung der Formalität und den TOP 4.11 für eine entsprechende Beratungszeit zurückzuziehen.

Herr Tönjes sprach sich dafür aus, den TOP 4.8 nicht vorzuziehen und die Reihenfolge der veröffentlichten Tagesordnung für die Öffentlichkeit beizubehalten, sowie die Vorlage 108/2026 erst bei Aufruf des TOP zu behandeln.

Herr Becker wies darauf hin, dass Änderungen zur Tagesordnung vorgenommen werden können und der Ausschuss dazu abstimme.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung vor.

Frau Mandt stellte den Antrag auf das Vorziehen des TOP 4.8 auf TOP 4.1 zur Abstimmung.

Dem Antrag auf das Vorziehen des TOP 4.8 auf TOP 4.1 wurde mit **7 x Ja**-Stimmen, **1 x Nein**-Stimmen und **0 x Enthaltung** **mehrheitlich zugestimmt**.

Der TOP 4.11 wurde seitens der Verwaltung nicht zurückgezogen.

Frau Mandt stellte die abgeänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Der geänderten Tagesordnung wurde mit **6 x Ja**-Stimmen, **1 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung** – **mehrheitlich zugestimmt**.

Beschluss:

-geänderter Beschlussvorschlag-

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses GGS

3.1 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses GGS vom 05.03.2026

Es lagen keine Wortmeldungen zur Niederschrift vor.

Frau Mandt stellte das Protokoll über die öffentliche Sitzung des BGGs vom 05.03.2026 zur Abstimmung.

Der Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses GGS vom 05.03.2026 wurde mit **7 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung** - einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Vermietung Henschelstraße 15C (Fährhaus)

105/2026

Frau Burmeister führte zu der Vorlage aus.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Frau Mandt stellte die Vorlage zur Abstimmung.

Der Vorlage 105/2026 wurde mit **7 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung** – einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Vermietung des Grundstückes Henschelstraße 15C an die durch die Jury ernannte Gewinnerin der öffentlichen Ausschreibung Frau Ogrinc auf Grundlage des von ihr eingereichten Konzeptes.

Die Vermietung beginnt am 01.01.2027 und hat eine Mindestlaufzeit von zehn Jahren mit der Option auf Verlängerung um weitere fünf Jahre.

4.2 Beschluss zur Umsetzung des verwaltungsinternen 49/2026 Klimaschutzkonzeptes zur Erreichung der Treibhausgasneutralität 2040

Frau Mandt teilte mit, den Ablauf, wie die 1. Lesung im BGGs am 05.03.2026 zu gestalten, so dass zunächst die Präsentation zu den betreffenden Vorlagen 49/2026, 50/2026 und 52/2026 des Fachbereichs 36 (Umwelt- und Klimaschutz) durch **Herrn Lachmund** zusammenhängend erfolge und im Anschluss nach der Gesamtvorstellung die getrennte Abstimmung zu den Vorlagen statfinde.

Herr Lachmund führte zu den Vorlagen aus und ging auf die Änderungen ein.

Herr Schön erkundigte sich, warum die gesetzlich vorgegebene Mindestquote für saubere Fahrzeuge (IV 50/2026) weit überschritten werde und warum keine hybriden Fahrzeuge für längere Dienstfahrten in Betracht gezogen würden.

Herr Lachmund teilte hierzu mit, dass nur bei wirtschaftlicher Vertretbarkeit von der Regelung der Mindestquote abgewichen werde, um die Ziele zeitnah zu erreichen. Längere Dienstfahrten seien mit reinen Elektrofahrzeugen statt Hybriden ebenso problemlos durchzuführen.

Herr Marušić führte weiterhin aus, dass es sich bei der Vorlage 50/2026 um kein Investitionsprogramm handele, dass eines Beschlusses bedürfe, sondern als eine generelle Vorgabe als maßgebliches Kriterium in allen Fachbereichen bei der Beschaffung diene.

Frau Mandt merkte zu der Vorlage 49/2026 an, dass durch die Reduzierung in der Berechnung der Mitarbeitermobilität, der Maßnahmenkatalog nun zu viele Fahrradständer und Ladestationen beinhalte, die Investitionsmittel binden und bat den FB 36 um Anpassung der Aufstellung bis Montag, vor der nächsten Ratssitzung am 22.04.2026.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Frau Mandt stellte die Vorlage 49/2026 mit der erbetenen Anpassung durch den FB 36 zur Abstimmung.

Der Vorlage 49/2026 mit Anpassung wurde mit **7 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung** – einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

1. Das verwaltungsinterne Klimaschutzkonzept „Treibhausgasneutrale Stadtverwaltung Wilhelmshaven“ wird als strategische Grundlage gemäß § 18 NKlimaG beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die darin enthaltenen Maßnahmen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und Prioritäten schrittweise umzusetzen.
3. Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen sind den zuständigen politischen Gremien gesondert zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die Verwaltung berichtet jährlich über Zielerreichung, Maßnahmenstand und Abweichungen.

4.3 Information Einführung der emissionsfreien Fahrzeugbeschaffung bei 50/2026 der Stadt Wilhelmshaven

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

Beschluss:

-zur Kenntnisnahme-

Die Stadt Wilhelmshaven beschafft ab sofort ausschließlich emissionsfreie Fahrzeuge im Sinne des Gesetzes über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge (SaubFahrzeugBeschG). Für PKW gilt dies ausnahmslos, für Nutzfahrzeuge, soweit technisch geeignete Fahrzeuge auf dem Markt verfügbar sind und die Anschaffung auf der Basis einer Lebenszykluskostenanalyse wirtschaftlich vertretbar ist.

Ausnahmen sind nur zulässig, wenn keine emissionsfreien Fahrzeuge am Markt verfügbar sind oder die Beschaffung wirtschaftlich nicht vertretbar ist. Ausnahmen sind auf dieser Basis zu begründen und zu dokumentieren.

Die Verwaltung berichtet jährlich über den Stand der Umsetzung.

4.4 Beschluss zur Umsetzung der PV-Ausbaustrategie auf kommunalen Dächern der Stadt Wilhelmshaven **52/2026**

Der Vorlage 52/2026 wurde mit **7 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung** – **einstimmig zugestimmt**.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. Die „PV-Ausbaustrategie für kommunale Dächer der Stadt Wilhelmshaven“ wird als strategische Grundlage für den weiteren Ausbau von Photovoltaik auf städtischen Liegenschaften beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - die in der PV-Ausbaustrategie priorisierten Dachflächen schrittweise hinsichtlich Statik, Dachzustand, Netzanschluss und weiterer technischer Voraussetzungen zu prüfen und auf dieser Grundlage geeignete Liegenschaften zur Umsetzung vorzubereiten,
 - die Realisierung der Anlagen stufenweise umzusetzen sowie dem Rat regelmäßig über Umsetzungsstand, Wirtschaftlichkeit und erzielte Stromerträge zu berichten.
3. Ziel ist es, vorbehaltlich positiver technischer und statischer Prüfungen, alle Liegenschaften der Priorität 1 bis zum Jahr 2030 mit Photovoltaikanlagen auszustatten. Hierbei sollen möglichst viele Anlagen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel im Eigenbetrieb realisiert und selbst betrieben werden, um größtmögliche Kosteneinsparungen zu erzielen. Dazu sollen jährlich 250.000€ in den Haushalt von GGS und 75.000€ in den Haushalt von TBW eingestellt werden. Die Verwaltung wird ermächtigt, für besonders große oder investitionsintensive Anlagen ergänzend alternative Betreibermodelle (z. B. Stromliefermodell mit Energiegenossenschaften, Contracting oder Kooperationen) zu prüfen und umzusetzen, sofern hierdurch keine Mehrkosten für die Stadt entstehen und die klimapolitischen Ziele gewahrt bleiben.

*Herr Lachmund und Frau Hafner
verlassen um 15:26 Uhr die Sitzung.*

4.5 Antrag SPD-Fraktion: Den Rathauskeller wieder nutzen: Kita ins Rathaus **506/2026**

Herr Schön trug den Antrag vor.

Herr Fischer merkte an, dass nach dem erfolgten Besichtigungstermin, ein einheitlicher Konsens der Beteiligten vorgelegen habe, dass eine Realisierung nicht vorstellbar sei. Des Weiteren bestünde momentan kein Bedarf, da im Kitabereich kein Platzmangel vorliege.

Herr Tönjes schloss sich den Ausführungen des **Herrn Fischer** an und hätte eine offenere Antragsformulierung hinsichtlich der Nutzung vorgezogen und werde daher dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Marušić führte dazu aus, dass die Abstimmung nach der Begehung zur Prüfung mit einer Ja-Stimme, einer Nein-Stimme und restlicher Enthaltung ausgefallen sei. Die bauliche Nutzbarkeit sowie die Belichtungsverhältnisse seien gegeben, es bedürfe nur einer entsprechenden Planung, wenn der Wunsch nach einer Kindertagesstätte vorliege.

Herr Stoermer gab zu bedenken, dass es sich nur um einen Prüfauftrag handele. **Herr Becker** hielt die Idee der Unterbringung von Kindern nicht für optimal und erkundigte sich nach dem Aufwand für diesen Prüfauftrag. Bis zur kommenden Ratssitzung werde **Herr Marušić** den Aufwand für diesen Prüfauftrag benennen können.

Auf die Nachfrage des **Herrn Tönjes**, ob eine mögliche Nutzung der Freiflächen bestehe, teilte **Herr Marušić** mit, dass dies in Abstimmung mit dem Denkmalschutz zu erfolgen habe.

Seitens der CDU-Fraktion bemängelte **Frau Mandt** die Chronologie der Vorgehensweise. Bevor nach geeigneten Räumlichkeiten gesucht werde, werde der Bedarf über die Kindertagesstätten-Bedarfsplanung festgestellt. Es werde momentan kein Handlungsbedarf gesehen und den Antrag daher ablehnen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Frau Mandt stellte den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag 506/2026 wurde mit **3 x Ja**-Stimmen, **4 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung** – **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss:

-mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,

1. die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung einer Kindertagesstätte im Ganztagsbetrieb im Rathauskeller zu prüfen. Die Prüfung soll auch die Umbaukosten berücksichtigen.
2. Für den Fall eines negativen Prüfergebnisses begründet die Verwaltung dies im Jugendhilfeausschuss. Für den Fall eines positiven Prüfergebnisses legt sie dem Rat eine entsprechende Beschlussvorlage für den Umbau vor. Dabei soll der Rat dann entscheiden, ob ein Dritter zum Betreiber wird oder die Stadt die Stelle des Trägers einnimmt.

Begründung

Wilhelmshaven kommt aus einem akuten Betreuungsnotstand. Angesichts der Problematik der fehlenden Kitaplatze in unserer Stadt ist es dringend erforderlich, innovative Lösungen zu finden. Auch wenn wir in den letzten Jahren aufholen konnten, was die Plätze in unserer Stadt angeht, müssen wir dafür Sorge tragen die Versorgungslücke weiter zu beseitigen und die Lage zu stabilisieren. Wir haben mit dem Rathauskeller leerstehende Räumlichkeiten, die besser genutzt werden konnten als bisher- aktuell ist hier ein Lagerraum. Die Umwandlung des Rathauskellers in eine Kita wurde nicht nur dringend benötigte Betreuungsplätze schaffen, sondern auch eine sinnvolle Nutzung eines vorhandenen städtischen Gebäudes darstellen.

Eine Außenanlage kann ohne Probleme im Rathausgarten geschaffen werden, die Lage ist zentral und hat ein großes Einzugsgebiet in einem Bereich ohne andere Kita. Wir wollen als SPD deshalb hier eine Einrichtung schaffen, die die bunte Trägerlandschaft ergänzt. Dabei setzen wir auf unsere lokalen Fachleute: Wir schließen nicht aus, dass die Kita durch einen Träger betrieben wird. Wir bitten um Zustimmung!

4.6 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch **72/2026 den Rat**

Frau Burmeister führte zu der Vorlage in Punkt 3 aus.

Herr Schön merkte an, dass die Informationen zu der im März gestellten Beratung bezüglich der Folgekosten, der möglichen Übernahme der Kosten durch den Förderverein und die mögliche Problematik der Pflege und Kosten hinsichtlich des Urheberrechtsgesetzes nicht erfolgt sei.

Frau Burmeister teilte hierzu mit, dass die Verwaltung nur die Nachfrage zu den Folgekosten hinsichtlich Diebstahl und Reinigung erreicht habe, diese aber aufgrund des geringen Ausfalls zu vernachlässigen sei.

Herr Tönjes stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung mit dem Auftrag an die Verwaltung zur Klärung der noch offenen Fragen, um eine Realisierung des Vorhabens noch zu ermöglichen.

Herr Fischer sowie **Frau Mandt** würden eine weitere Verzögerung ungerne in Kauf nehmen und die Vertagung daher ablehnen.

Herr Stoermer schloss sich den Ausführungen an und merkte an, dass eine kurzfristige Klärung der Fragen bis zur folgenden Ratssitzung durch die Verwaltung erfolgen könne.

Frau Mandt stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung zur Abstimmung.

Der Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung wurde mit **1 x Ja**-Stimmen, **6 x Nein**-Stimmen und **2 x Enthaltung** – **abgelehnt**.

Frau Mandt stellte die Vorlage zur Abstimmung.

Der Vorlage 72/2026 wurde mit **4 x Ja**-Stimmen, **1 x Nein**-Stimmen und **3 x Enthaltung** – **mehrheitlich zugestimmt**.

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger Verwendung
1. Frau Adelheid Weiken Paul-Hug-Straße 1 26382 Wilhelmshaven	10.000,00 €	Geldspende Wilhelmshaven Stadtgrün,
2. Förderverein Freiwillige Feuerwehr Poststraße 18 26388 Wilhelmshaven	3.700,00 €	Beschaffung Ortfeuerwehr Fedderwarde
2. Förderverein BBS	50.000,00 €	Spende eine den Campus

4.7 Antrag CDU-Fraktion: Planungskosten Umbau/Instandsetzung Aula 507/2026
Oberschule Stadtmitte

Frau Mandt führte zum Antrag aus.

Herr Tönjes bat um Überarbeitung des Antrages und wies auf eine ähnliche Situation bezüglich des Antrages zur Sanierung der Sporthalle Heppens hin, für die entgegen eines Ratsbeschlusses die einzustellenden Planungsmittel in den Wirtschaftsplan versäumt wurden einzustellen.

Herr Schön betonte die Notwendigkeit einer Aula und werde dem Antrag zustimmen.

Herr Marušić verwies auf die Vorlage 171/2020 in der seinerzeit die Sanierung der OBS-Mitte in drei Bauabschnitten beschlossen wurde, wobei die Sanierung der Aula als dritter Bauabschnitt vorgesehen war. Aufgrund des noch nicht abgeschlossenen Bauabschnitts zwei, stehe die Sanierung der Aula mit Blick auf die Priorisierung aller Projekte im Zeitplan noch an.

Für die Gruppe WIN@WBV/Volt stimmte **Herr Becker** den Ausführungen der Ausschussvorsitzenden **Frau Mandt** sowie des **Herrn Schön** in Gänze zu und bezeugte vollstes Vertrauen in die Verwaltung.

Es lagen keine weiteren Wortbeiträge vor.

Frau Mandt stellte die Vorlage zur Abstimmung.

Der Vorlage 507/2026 wurde mit **7 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung – einstimmig zugestimmt**.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. GGS ermittelt die erforderlichen Planungskosten für den Umbau bzw. Instandsetzung der Aula der Oberschule Stadtmitte vor den Haushaltberatungen für das Jahr 2027.
2. In den Wirtschaftsplan 2027 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude werden die ermittelten Planungskosten für den Umbau der Aula auf dem Gelände der Oberschule Stadtmitte eingestellt.

Begründung:

Seit dem Umzug der Oberschule Stadtmitte in die tom-Brok-Straße im Jahr 2016 verfügt die Schule über keine funktionsfähige Aula. Die Instandsetzung der Aula wird der Schule seit nunmehr 10 Jahren in Aussicht gestellt. Der Rat hat die Instandsetzung der Aula bereits beschlossen, bislang jedoch keine Haushaltsmittel bei GGS hierfür bereitgestellt. Mit diesem Beschluss soll die Umsetzung des Ratsbeschlusses nunmehr angegangen werden.

Die Aula bildet das Zentrum des schulischen Lebens und ermöglicht pädagogische, kulturelle und soziale Veranstaltungen, die in normalen Klassenräumen nicht umsetzbar sind. Dadurch können zentrale Veranstaltungen entweder gar nicht oder nur mit erheblichem organisatorischem Aufwand stattfinden. Im Vergleich zu anderen Wilhelmshavener Sekundarschulen der Sekundarstufe I entsteht so ein deutlicher Standortnachteil, der sich spürbar auf das pädagogische Angebot und die Schulkultur auswirkt.

Eine Aula würde die Umsetzung des schulischen Konzepts wesentlich unterstützen. Sie böte Raum für feierliche Einschulungen und würde neuen Schülerinnen und Schülern gemeinsam mit ihren Familien einen wertschätzenden Start ermöglichen (ca. 250 Personen). Ebenso könnten Abschlussfeiern in einem würdigen Rahmen stattfinden, inklusive Zeugnisübergabe, Reden und Beiträgen aus der Schülerschaft, was auch eine wichtige Außenwirkung für die Schule hätte (mind. 250 Personen).

Darüber hinaus wären regelmäßige Versammlungen zur Begrüßung der gesamten Schülerschaft zu Schuljahresbeginn oder Halbjahresstart möglich (bis zu 320 Personen). Projektpräsentationen, Vorstellungen von Wahlpflichtkursen und Arbeitsgemeinschaften, Informationsveranstaltungen von Firmen oder Berufsbildenden Schulen sowie Berufsorientierungsangebote für Abschlussklassen könnten strukturiert und professionell durchgeführt werden (zwischen 180 und 300 Personen). Auch Elterninformationen – etwa zum Übergang von der Grundschule, bei Elternabenden oder bei Jahrgangspräsentationen – ließen sich zentral organisieren (100–150 Personen).

Kulturelle Veranstaltungen wie Theateraufführungen oder Auftaktveranstaltungen zu Schulfesten (bis 300 Personen) würden das Gemeinschaftsgefühl stärken und die kreative Entwicklung der Schülerinnen und Schüler fördern. Insgesamt würde eine Aula nicht nur organisatorische Abläufe erleichtern, sondern vor allem Identifikation, Zusammenhalt und Schulqualität nachhaltig verbessern.

Das Fehlen eines solchen zentralen Raumes behindert die schulische Entwicklung erheblich. Eine Aula ist daher entscheidend, um das

pädagogische Potenzial der Schule voll auszuschöpfen und eine lebendige, starke Schulgemeinschaft zu fördern.
Darüber hinaus steht die Aula ebenfalls der BBS Wilhelmshaven für schulische Veranstaltungen und Feierlichkeiten zur Verfügung. Auch diese Schule würde in Ihrer Entwicklung erheblich von der Aula am Standort profitieren.

4.8 Gemeinsamer Antrag der Gruppe WIN@WBV/Volt und der Fraktionen SPD und CDU: Sanierung Sporthalle Heppens **514/2026**

Herr Becker trug den Antrag vor und wies gleichzeitig auf die Einbringung eines Änderungsantrages hin.

Auf die Anmerkung des **Herrn Tönjes**, dass die Gruppe BUNT nach dem Beschluss im Schulausschuss in einer gemeinsamen Beratung nicht beteiligt wurde, teilte **Herr Becker** mit, dass keine nachträgliche Gruppenbesprechung dazu stattgefunden habe.

Herr Schoolmann trug den differenzierten Änderungsantrag vor.
Der Antrag werde in elektronischer Form nachgereicht und der Vorlage 514/2026 als Anlage beigelegt.

Herr Marušić führte hierzu aus, dass alle Sportarten erhalten blieben, sei es in einer sanierten Halle Heppens oder in einer alternativen Möglichkeit und die Erfüllung des Antrags in die Sportentwicklungsplanung einfließen werde.

Herr Becker merkte an, dass die Ausschussvorsitzende **Frau Mandt** federführend für die gemeinsame Antragstellung stehe. **Herr Menke** informierte darüber, dass zum Punkt 1 im (Änderungs-)Antrag bereits alle Vorkehrungen getroffen worden seien und der Abschluss der Arbeiten Ende dieses Monats erwartet werde.

Frau Mandt stellte den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Dem Änderungsantrag wurde mit **7 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung** – einstimmig zugestimmt.

Frau Mandt stellte den Antrag mit Änderung zur Abstimmung.

Dem Antrag 514/2026 mit Änderung wurde mit **7 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung** – einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

-geänderter Beschlussvorschlag-

~~Der Rat möge beschließen,~~

- ~~1. die Verwaltung wird angewiesen, die Sanierung der Sporthalle Heppens gemäß dem Sanierungsgutachten unverzüglich einzuleiten.~~
- ~~2. Die erforderlichen Mittel (geschätzt 5 bis 7 Millionen Euro) sind erforderlichenfalls über einen Nachtragshaushalt zu realisieren.~~
- ~~3. Bis zum Baubeginn ist die volle Betriebsfähigkeit (Heizung, Warmwasser) sicherzustellen und ein Ausweichkonzept in Abstimmung mit den Vereinen zu erstellen.~~

Der Rat möge beschließen,

1. die Verwaltung wird beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen im Rahmen der laufenden baulichen Unterhaltung zu veranlassen, um die Nutzung für die aktuellen sportlichen Aktivitäten in der Sporthalle Heppens zu gewährleisten. Insbesondere die Heizungs- und Warmwasserversorgung der Sporthalle Heppens ist schnellstmöglich sicherzustellen.
2. Bei den Planungen der neuen Grundschule Heppens wird die Verwaltung beauftragt dem Rat einen Vorschlag zu Art und Umfang eines bedarfsgerechten Ersatzneubaus der Sporthalle Heppens oder einer erforderlichen Sanierung der Sporthalle Heppens, bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2027/2028 zur Entscheidung vorzulegen.

Dabei sind besonders zu berücksichtigen:

- a. die schulischen und planerischen Anforderungen im Zuge der Gesamtplanung der neuen Grundschule Heppens,
 - unter Bewertung der vorhandenen Bausubstanz,
 - dem optionalem Abriss von Bestandgebäuden und/oder
 - optionalem Neubaubestandteilen und
 - der zukünftigen Nutzung bzw. Verwertung der verbleibenden Grundstückflächen
- b. die zukünftigen Erforderlichkeiten aus der Sportentwicklungsplanung, unter Berücksichtigung neuer Sportstätten (MDS neu) und einer Entscheidung zur vorhandenen Nogathalle und absehbarer Sanierungserfordernisse an anderen Sporthallen im Stadtgebiet
3. Die Betriebsfähigkeit der Sporthalle Heppens ist bis zur Entscheidung zu Nr. 2 und einem Baubeginn sicherzustellen. Ab Baubeginn ist mit den Nutzern ein Ausweichkonzept abzustimmen und umzusetzen.

Begründung:

Die unterzeichnenden Fraktionen und Gruppen stellen fest, dass ein weiteres Zuwarten angesichts der untragbaren Zustände in der Sporthalle Heppens nicht mehr hinnehmbar ist. Bereits mit dem einstimmigen Ratsbeschluss 516/2019 erhielt die Verwaltung den Auftrag, gemäß dem Konzept „Kurze Beine – kurze Wege“ die Grundschule Heppens neu zu errichten und die Halle in der Zedeliusstraße bis August 2023 zu sanieren. Diese Umsetzung blieb aus, was zu massiven Schäden am städtischen Eigentum führte.

Zuletzt bekräftigte der Rat am 17.04.2024 mit dem Beschluss 520/2024, die Halle unabhängig vom Schulstandort zu erhalten und Mittel ab 2025 einzuplanen. Der damit verbundene Prüfauftrag zu Investitionsbedarf und Auslastung war bis September 2024 befristet. Die Informationsgrundlage für ein Handeln ist somit seit langem gegeben.

Die aktuelle Realität ist jedoch geprägt von:

- Massiven Mängeln: Einem monatelangen Heizungsausfall, Warmwasserbereitung per Stromhilfe, Asbestfunden und einem undichten Dach, das zu Wasserlachen auf dem Hallenboden führt.
- Existenznot im Sport: Für Vereine wie die Inlinehockey-Teams des VfL Wilhelmshaven oder die Hockeyspieler des WTHC ist die Halle die einzige geeignete Sportstätte.

Die Ankündigung der Verwaltung, notwendige Maßnahmen bis 2027 aufzuschieben, kommt einer Missachtung klarer Ratsbeschlüsse gleich. Wir fordern die Rückkehr zur Umsetzung demokratischer Beschlüsse, um optimale Bedingungen für den Schul- und Vereinssport wiederherzustellen.

4.9 Erweiterung der Versicherungsleistung der städtischen Immobilien **106/2026**

Die Vorlage 106/2026 wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

4.10 Verkauf Gewerbegrundstück Güterstraße **107/2026**

Frau Burmeister führte zu der Vorlage aus.

Herr Fischer sowie **Frau Mandt** äußerten sich positiv zu der Vorlage.

Es lagen keine weiteren Wortbeiträge vor.

Frau Mandt stellte die Vorlage zur Abstimmung.

Der Vorlage 107/2026 wurde mit **7 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung** – einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt dem Verkauf eines Grundstückes (Gemarkung Rüstringen, Flur 1, Flurstück 37/153) mit einer Gesamtfläche von 4.148 m² zu einem Verkaufspreis in Höhe von 45 €/m² und daraus resultierend einer Gesamtsumme in Höhe von 186.660 € an Thomas Wandscher Autovertriebs GmbH zu.

4.11 Verkauf Parkplatzfläche Gökerstraße 125

108/2026

Herr Marušić führte zu der Vorlage aus.

Auf die Anfrage von **Frau Mandt**, unter wessen Leitung die Botanische Wohngarten GmbH stehe, teilte **Frau Burmeister** mit, dass der Sohn des Herrn Hippenstiel die Geschäftsführung zum Zeitpunkt des bereits abgeschlossenen Grundstücksvertrages innehatte.

Herr Schön stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung in den nächsten BGGS, zur eingehenden Vorbereitung aufgrund der Komplexität des Vorhabens.

Nachdem **Herr Becker** und **Frau Mandt** ihre Bereitschaft äußerten, sich dem Geschäftsordnungsantrag anzuschließen, stellte **Frau Mandt** den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung zur Abstimmung.

Der Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung wurde mit **7 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung** – **vertagt**.

Beschluss:

-vertagt-

Der Rat stimmt dem **Verkauf** der noch zu vermessenden **Parkplatzfläche Gökerstr. 125** (Gemarkung Rüstringen, Flur 1, Flurstück 6/4) mit einer Gesamtfläche von ca. 485 m² zu einem Verkaufspreis in Höhe von 130 €/m² und daraus resultierend einer Gesamtsumme **in Höhe von ca. 63.050 €** an **Botanischer Wohngarten GmbH, Planckstr. 18, 26389 Wilhelmshaven** zu.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Nachfrage zu Parkplätzen (BV 108/2026)

Auf die Anfrage des **Herrn Becker** bezüglich der Nutzungsverhältnisse des Parkraums, teilte **Herr Marušić** mit, dass es sich um seinerzeit öffentliche Parkplätze des ehemaligen Botanischen Gartens handele, die weiterhin öffentlichen Parkraum darstellen. Aufgrund des Vorhabens bedürfe es dieser Fläche zur Umsetzung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans, wodurch die Parkplätze der Öffentlichkeit nicht mehr zur Verfügung stünden, ein öffentlicher Parkraum jedoch nicht vorgehalten werden müsse.

5.2 Nachfrage zu "Fährhaus" (BV 105/2026)

Auf die Nachfrage des **Herrn Becker**, zur Veröffentlichung der erfolgten Präsentationen, teilte die Verwaltung mit, dass diese bereits vor Sitzungsbeginn im Ratsinformationssystem (RIS) öffentlich gemacht wurden.

5.3 Anfrage zu ehemaliger Stadthalle (Jadezentrum)

Auf die Anfrage des **Herrn Becker**, zur Instandsetzung oder einem möglichen Abriss der Brücke und der Seitentreppe oder möglichen Fördermitteln, teilte **Frau Burmeister** mit, dass das Objekt in die Überlegungen zum Flächenmanagement einbezogen werden solle. Es liege kein konkretes Vorhaben vor, für das Mittel und Planungskosten in den Wirtschaftsplan eingestellt wurden, um entsprechende Fördermittel zu beantragen. Der Kontakt zum Interessenten bestehe jedoch weiterhin. Eine Lösung für die Brücke und die Seitentreppe sei noch nicht final gefunden. Nur für einen Abriss der Seitentreppe wären Kosten in Höhe von ca. 50.000 € zu veranschlagen.

5.4 Sachstand Hofstelle "Fegefeuer"

Auf die Nachfrage des **Herrn Tönjes** zum Sachstand Hofstelle „Fegefeuer“, teilte **Frau Burmeister** mit, dass seit dem letzten Verkaufsversuch, weiter an der bauordnungsrechtlichen Beordnung gearbeitet werde, momentan aufgrund von personellen Engpässen, das Vorhaben nicht vorrangig verfolgt werde.

Es erfolge weiterhin eine reguläre Leerstandskontrolle.

5.5 Sachstand Hofstelle "Totenweg" (Stadtpark)

Auf die Anfrage des **Herrn Fischer**, ob die Hofstelle „Totenweg“ aufgrund fehlender Kapazitäten als Unterkunftsmöglichkeit nutzbar sei, teilte **Frau Burmeister** mit, dass eine entsprechende Ausschreibung in Vorbereitung sei, nach Rücksprache aber aus baurechtlicher Sicht eine landwirtschaftliche Nutzung vorgegeben sei und eine Möglichkeit als Unterkunft tendenziell eher negativ gesehen werde.

Herr Marušić verwies hierzu auf die kommende Ratssitzung am 22.04.2026, in der, bei Genehmigung des Auftrags zur Prüfung städtischer Grundstücke auf Verwendbarkeit des Bauturbos, dieses Grundstück in den Auftrag mit einbezogen werden könne und die Möglichkeit bestehe, die Rahmenbedingungen für eine Ausschreibung entsprechend zu verändern.

Auf die Nachfrage des **Herrn Tönjes** zur Einordnung der Hofstelle als Gewerbegebiet, teilte **Herr Marušić** mit, dass landwirtschaftliche Hofstellen nicht als Gewerbegebiet, sondern in einer eigenen Kategorie zu beurteilen seien, in der eine Umgestaltung zur Wohnnutzung möglich sei.

5.6 Sachstand TWWP

Auf die Anfrage des **Herrn Schön** zum Sachstand TWWP, teilte **Herr Menke** mit, dass mit den ersten Bautätigkeiten bereits begonnen werde und die Arbeiten zur Oberflächenentwässerung durch den Eigenbetrieb TBW ebenfalls in Kürze erfolgen werde. Die Inbetriebnahme sei für Mitte des Jahres 2028 vorgesehen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen unter Mitteilungen und Anfragen vor.

Frau Mandt schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:26 Uhr.

Marušić
Dezernent

Mandt
Vorsitzende

Kullik
Protokollführerin